STADT BERGHEIM

BEBAUUNGSPLAN NR. 160
GLESSEN -GEWERBEGEBIET-
1. AUSFERTIGUNG M. 1 : 500

GLEICHZEITIG TEILAUFHEBUNG BP 107

Gemarkung Hüchelhoven
Flur 18

ZONE 1
GE II
0.8 1.6

ZONE 2
GE II
0.8 1.6

ZONE 3
GE II
0.8 1.6

Am Fuchsberg
Weg
Schulstraße
L213n

Ersetzt durch 1. Änderung

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN GEM. § 9 (6) BBauG
20,0 m BAUVERBOTSZONE UND
ZUGANG- UND ZUFAHRTVERBOT MIT LÜCKENLOSER, DAUERHAFTER EINFRIEDIGUNG NACH STRASSEN- UND WEGEGESETZ DES LANDES NORDRHEIN WESTFALEN (STR.WG NW)

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 (6) BauGB DER GESTALTUNGSSATZUNG, DIE VOM RAT AM 9.11.1987 BESCHLOSSEN WURDE.

Ergänzung nach Offenlage

Hinweis
Das Plangebiet liegt in der Wasserschutzzone III B des Wasserwerks Köln-Weiler.

A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Nutzungsart

Gewerbegebiet - GE

Gemäß § 1 (6) Nr. 2 BauNVO werden die Gewerbegebiete nach der Art der Betriebe und Anlagen und deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften gegliedert.

Zone 1
Nicht zugelassen sind Anlagen und Betriebe der Abstandsklassen I bis VIII der Abstandsliste zum RdErl. des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - MAGS - vom 9.7.1987 - SMBl. NW. 239 und Anlagen und Betriebe mit ähnlichem Emissionsgrad.
15. Anlage zur Begründung)

Zone 2
Nicht zugelassen sind Anlagen und Betriebe der Abstandsklassen I bis VII der Abstandsliste zum RdErl. des MAGS vom 9.7.1987 und Anlagen und Betriebe mit ähnlichem Emissionsgrad.
16. Anlage zur Begründung)

Zone 3
Nicht zugelassen sind Anlagen und Betriebe der Abstandsklassen I bis VI der Abstandsliste zum RdErl. des MAGS vom 9.7.1987 und Anlagen und Betriebe mit ähnlichem Emissionsgrad.
15. Anlage zur Begründung)

Gemäß § 31 (1) BBauG sind auch ausnahmsweise Anlagen und Betriebe des nächst größeren Abstandes der Abstandsliste möglich, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, daß sie z.B. durch über den Stand der Technik hinausgehende Maßnahmen oder durch Betriebsbeschränkungen ihre Emissionen so weit begrenzt werden, daß schädliche Umwelteinwirkungen in den schutzbedürftigen Gebieten vermieden werden.

Zone 2 und 3
Gemäß § 31 (1) BBauG darf ausnahmsweise der Abstand der in der Liste mit * gekennzeichneten Anlagenarten der ausschließlich oder weit überwiegend aus Gründen des Immissionsschutzes errichtet, um ein Drittel verringert werden, wenn es sich bei dem zu schützenden Gebiet um ein Allgemeines Wohngebiet handelt.

Zone 1 und 3
Gemäß § 1 (5) BauNVO in Verbindung mit § 9 (1) BauNVO sind Einkaufszentren, Einzelhandelsbetriebe sowie Verkaufsstellen von Handwerksbetrieben und anderen Gewerbebetrieben, die sich ganz oder teilweise an Endverbraucher wenden, nicht zulässig. Ausnahmen können nur dann zugelassen werden, wenn der Einzelhandelsbetrieb eine zu Zusammenhang mit einem Wirtschaftszweig des produzierenden Gewerbes stehende Branchenausrichtung Verkaufsstätte besitzt.

2. Immissionsschutz

Zum Schutz der Wohnbebauung vor Immissionen sind in den Gewerbegebieten nur solche Betriebe und Anlagen zulässig, deren Emissionen die Immissionswerte der Tabelle 1 der TA Lärm tagsüber und nachts um mindestens 15 dB(A) unterschreiten.

3. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) Nr. 25 a BBauG

3.1 Grünordnungsmaßnahmen/Kompensierung

Gemäß § 19 (4) BauNVO und § 32 (5) BauNVO wird festgesetzt, daß mit Ausnahme der Baugrundstücksflächen, die als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt sind, Nebenanlagen im Sinne des § 14 (1) BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können, sowie Stellplätze und Garagen nicht zulässig sind (Ausnahmen von der Festsetzung sind Einfriedungen).

Für die Anpflanzung der gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BBauG festgesetzten "Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" sind für eine standortgerechte Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern folgende, standortgerechte Gehölze vorzugsweise zu verwenden:

z.B. Stieleiche, Traubeneiche, Buche, Eberesche, Feldahorn, Haselnuß, Traubenkirsche, Weißdorn, Schlehe, Wildrose, Liguster, Hartriegel, Pfaffenhütchen, Hainbuche, Winter- und Rote Heckenkirsche.

Die notwendigen Zugänge und Zufahrten zu den Grundstücken sind von der Festsetzung für die Bepflanzung ausgenommen.

3.2 Externe Begrünung

Auf den künftigen Baugrundstücken werden zusätzlich zu den unter 3.1 genannten Flächen weitere Bereiche als "Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" festgesetzt, die prozentual pro Grundstück anzulegen sind.

Der Anteil an der vorbezeichneten Grünordnungsfläche (unter vorheriger Absag der Flächen zu Ziff. 3.1) muß mindestens 10 % betragen.

Die Anforderungen und Art der Bepflanzung entsprechen der Regelung in Ziffer 3.1.

Ausnahmen zu Ziffer 3.2 sind zulässig, wenn durch besondere betriebsspezifische Situationen die Anpflanzungen im Grenzbereich nicht möglich ist oder als unbefriedigte Härte anzusehen ist.

In diesem Fall ist der 15 fige Anteil an anderer (in Nähe) des Grundstückes nachzuweisen.

3.3 Begrünung von Pkw-Stellplätzen

Bei der Errichtung von Pkw-Stellplätzen für Personal, Besucher und Besucher muß je angefangene 5 Stellplatzeinheiten mindestens 1 Baum gepflanzt werden. Es dürfen nur standortgerechte und wahlheimische zu verwenden.

Ebereschen
Linde dort Sorte Glen leven.

3.4 Fassadenbegrünung

Es wird festgesetzt, daß mindestens 25 % der Fassadenfläche der Gebäude je Baugrundstück mit folgenden Rankpflanzungen wahlweise zu begrünen sind:

Kletterrosen
Wilder Wein
Efeu
Schwarzen (Cynonia)
Clematis.

Ausnahmeweise ist eine Reduzierung des 25 fache (Mindestanteils) zulässig, wenn die betriebsspezifischen Situationen (z.B. Werbung) dies nicht zuläßt und/oder die Durchführung zu einer unzumutbaren Härte führen würde. Bei Inanspruchnahme dieser Ausnahmeregelung ist der Ausgleich durch Pflanzmaßnahmen auf Privatgrundstücken im Bereich der Ziff. 3.1 und 3.2 vorzunehmen.

Sonnenschutz, Verschattung

Innerhalb von Verkehrsecken sind alle Sichtfelder zwischen 0,80 m und 2,50 m über den Flächen zum Bepflanzen von Bäumen und Sträuchern (siehe Ziffer 3.1 und 3.2) freizuhalten. Des weiteren wird festgesetzt, daß Anpflanzungen in Sichtfeldern nur bis zu einer Höhe von max. 0,80 m zulässig sind.

Die Bepflanzungen müssen innerhalb der Vegetationszeit (1. Oktober bis 30. April) nach Abschluß der Bauarbeiten durchgeführt werden. Die Beschränkungen gelten sinngemäß für alle Flächen innerhalb des Grundstückes, die nicht bebaut werden.

Einfriedungen (